

Interventionsprojekt CORA

– Landeskoordinierungsstelle –



Tätigkeitsbericht 2002

Gliederung

Vorwort	4
1 Allgemeines zur Landeskoordinierungsstelle	5
1.1 Entstehung	5
1.2 Struktur Interventionsprojekt	6
1.3 Träger der Landeskoordinierungsstelle	7
1.4 Finanzierung	7
1.5 Mitarbeiterinnen	7
1.6 Räume	8
1.7 Arbeitsauftrag der Zuwendungsgeberin (Anlage zum Festsetzungsbescheid vom 20.03.2002):	8
2 Arbeitsbereiche	9
2.1 Koordination des Interventionsprojektes auf Landesebene	9
2.2 Kooperation auf Landesebene	11
2.3 Vernetzung	14
2.4 Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung	15
2.5 Dokumentation und statistische Erfassung	16
2.6 Ressourcencenter	17
3 Anhang	19
3.1 Chronik 2002	19
3.2. Teilnahme an Fortbildungen	23
3.2 Veröffentlichungen	24
3.3 Landesweite Statistik der Interventionsstellen 2002	24

Vorwort

Häusliche Gewalt ist in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit unseres Bundeslandes Mecklenburg- Vorpommern in das Blickfeld von Politik, Fachöffentlichkeit und der Bevölkerung gerückt.

Häusliche Gewalt gehört für viele Opfer leider zum Alltag. Jeder Frau kann häusliche Gewalt widerfahren. Sie betrifft Frauen allen Alters und in allen Schichten und Kulturen. Fast immer sind die Täter Männer. Über 90 % aller Gewalttaten gegen Frauen werden in der Familie und im sozialen Nahraum ausgeübt. Nicht der dunkle Park, sondern das eigene Heim ist noch immer der gefährlichste Ort für Frauen.

Die Täter sind „ganz normale“ Männer – Ehemänner, Lebensgefährten, Väter, der nette Nachbar von nebenan... .

In einigen Fällen sind Männer die Opfer häuslicher Gewalt, auch sie können die neuen gesetzlichen Schutzmöglichkeiten und die Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nehmen.

„Häusliche Gewalt ist jede Art geschlechtsspezifischer körperlicher, seelischer und sexueller Misshandlung, die innerhalb einer häuslichen Gemeinschaft verübt oder verursacht wird.“

Definition des Interventionsprojektes CORA in Anlehnung an die Muster-Rechtsvorschriften der UN (2.2.1996/E/C.4/1996/53/-Add.2)

Im Unterschied zu einem Streit geht es bei Gewalt immer um die Ausübung von Macht und Kontrolle. Der „Stärkere“ verletzt, demütigt und erniedrigt die „Schwächere“ und setzt sich und seine Interessen mit Gewalt durch.

Gewalt ist selten ein einzelnes Ereignis, sondern meistens eine Wiederholungstat. Es beginnt oft scheinbar „harmlos“ mit Beleidigungen und Herabsetzungen. Soziale Isolation, Einschüchterung und zunehmende Gewalt führen dazu, dass es immer schwerer wird sich zur Wehr zu setzen und Wege aus der Gewaltbeziehung zu finden.

Seit dem 01.01.2002 verbessert in der BRD das Gewaltschutzgesetz den Schutz der Opfer vor häuslicher Gewalt. Wer Opfer häuslicher Gewalt geworden ist (z. B. Körperverletzung, Vergewaltigung) oder damit bedroht wurde, kann mit diesem Gesetz längerfristige Schutzmöglichkeiten erreichen.

Seit Oktober 2001 hat die Polizei in MV die Möglichkeit, den Gewalttäter bei häuslicher Gewalt aus der Wohnung zu weisen und ihm ein Rückkehrverbot für bis zu 14 Tagen zu erteilen. Ihm werden dann die Wohnungsschlüssel abgenommen und er erhält die Möglichkeit, Sachen des persönlichen Bedarfs zu packen. Die Polizeibeamten geben ihm ein Faltblatt mit Informationen über Beratungsstellen für gewalttätige Männer und mit Übernachtungsmöglichkeiten in der Nähe.

Außerdem können die Polizeibeamten auch Aufenthaltsverbote für Orte wie die Kindertagesstätte oder die Schule der Kinder und den Arbeitsplatz aussprechen, damit die Opfer auch dort vor weiterer Gewalt geschützt sind.

Die Polizeibeamten kontrollieren die Einhaltung des Betretungsverbotes. Bei einem Verstoß drohen dem Gewalttäter 500 € Zwangsgeld oder Ersatzzwangshaft und die erneute Entfernung aus der Wohnung. Wenn er Widerstand gegen die Wegweisung leistet, können die Polizeibeamten ihn in Gewahrsam nehmen.

Nach dem Einsatz informieren die Polizeibeamten die Mitarbeiterinnen der zuständigen Interventionsstelle, die den Opfern dann ihre Unterstützung anbietet.

Das 14- tägige Betretungsverbot ermöglicht den Opfern eine Ruhephase, um über weitere Schritte nach zu denken. Voraussetzung für längerfristigen Schutz ist, dass das Opfer über seine rechtlichen, persönlichen und finanziellen Möglichkeiten weiß. Hier setzt die Interventionsstelle mit ihrem pro- aktiven Ansatz und dem Angebot der psycho- sozialen Beratung und rechtlichen Unterstützung in der Krisenintervention an.

1 Allgemeines zur Landeskoordinierungsstelle

1.1 Entstehung

Die Landeskoordinierungsstelle ist aus dem Landesmodellprojekt COntRA Gewalt gegen Frauen und deren Kinder in Mecklenburg- Vorpommern von 1998- 2000 hervorgegangen. Die Aufgabe dieses von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung von MV initiierten und finanzierten Projektes war es, in der Modellregion Hansestadt Rostock mit den angrenzenden Landkreisen Bad Doberan und Güstrow die staatliche Intervention bei häuslicher Gewalt zu beleuchten und Kooperation und Vernetzung zu diesem Thema zu erproben.

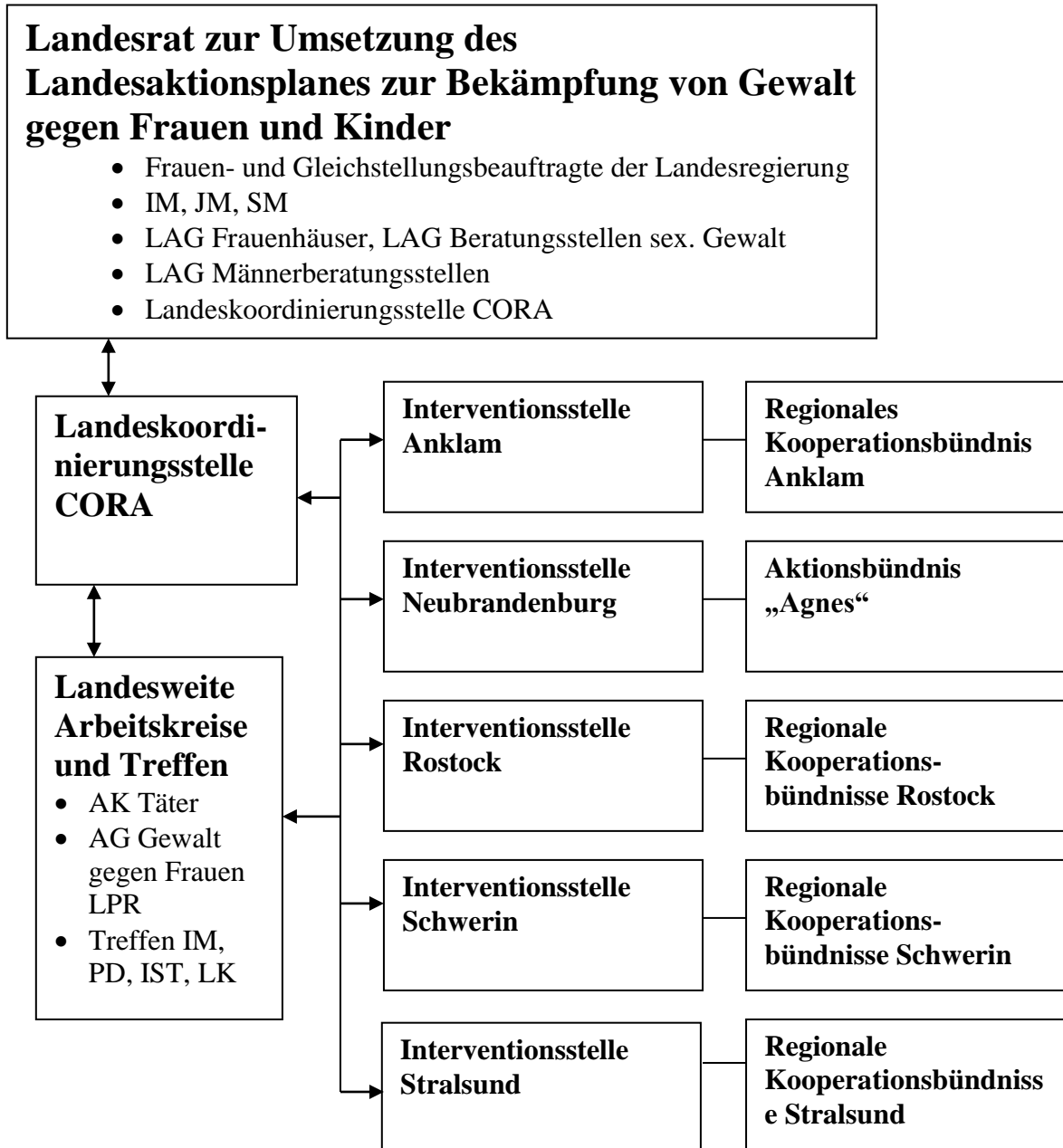
Die positiven Ergebnisse der Modellphase wurden auf der Fachveranstaltung „Drei Jahre Interventionsprojekt CORA“ in Schwerin am 21.01.2001 dargelegt und mit der Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen landesweit übernommen.

Als wesentliche Ergebnisse sind die Aufnahme einer polizeiliche Spezialbefugnis für Fälle häuslicher Gewalt in das novellierte Sicherheits- und Ordnungsgesetz von MV im Oktober 2001 und die Einrichtung des Netzes von Interventionsstellen in MV zu nennen.

In den Jahren 2000 bis 2002 war es eine wichtige Aufgabe der Landeskoordinierungsstelle, den Aufbau eines Netzes von Interventionsstellen in Mecklenburg- Vorpommern zu unterstützen

1.2 Struktur Interventionsprojekt

Interventionsstellen und Landeskoordination in Mecklenburg- Vorpommern



1.3 Träger der Landeskoordinierungsstelle

Der Träger der Landeskoordinierungsstelle ist der Verein „Frauen helfen Frauen“ e. V. Rostock. Im Träger sind weitere Projekte und Einrichtungen zum Thema Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen tätig: 1. Autonomes Frauenhaus Rostock, Mädchenhaus Rostock, Mädchenprojekt Selma, Notruf für Frauen und Mädchen Rostock, Zeuginnenbegleitung, Interventionsstelle Rostock.

1.4 Finanzierung

Die Finanzierung wird aus Landesmitteln im Haushalt der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV und durch Einnahmen des Projektes durch Honorare aus Fortbildungsveranstaltungen und durch Referentinentätigkeit bestritten.

1.5 Mitarbeiterinnen

Heike Herold	Projektleiterin, Landeskoordinatorin, seit 01.01.1998 im Projekt tätig
Claudia Igney-	Landeskoordinatorin, seit 01.05.2000 im Projekt tätig, die Finanzierung dieser Personalstelle lief zum 31.12.2002 aus

FOTO

1.6 Räume

Zwei Büroräume in gemeinsamer Büroeinheit mit der Interventionsstelle Rostock im Barnstorfer Weg 50, 18057 Rostock

1.7 Arbeitsauftrag der Zuwendungsgeberin (Anlage zum Festsetzungsbescheid vom 20.03.2002):

1. Koordination des Interventionsprojektes auf Landesebene
 - a) Aufbau regionaler Interventionsstellen
 - konzeptionelle Unterstützung,
 - Vermittlung von Erfahrungen in der Kooperation- und Vernetzungsarbeit aus der Modellphase,
 - Vermittlung von Fachwissen über die Gewaltproblematik, rechtliche Möglichkeiten, Arbeitsabläufe und Arbeitsgrundlagen in den Institutionen;
 - b) Vernetzung der Interventionsstellen
 - regelmäßige Durchführung von Vernetzungstreffen von Interventionsstellen,
 - Realisierung des Erfahrungsaustausches zwischen den Interventionsstellen,
 - Weitergabe von Informationen zwischen den Interventionsstellen und der Landesebene,
 - Erarbeitung von gemeinsamen Arbeitsmaterialien zur Umsetzung der Konzeption (z.B. Qualitätsstandards),
 - Weiterentwicklung der Konzeption des Interventionsprojektes;
 - c) Interessenvertretung des Interventionsprojektes auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene
2. Kooperation auf Landesebene
 - Vertretung des Interventionsprojektes auf Landesebene (Ministerien, Landesverbände, Politik),
 - Initiieren von landesweiten themenspezifischen Arbeitskreisen,
 - Beteiligung an der Erstellung eines landesweiten Gesamtkonzeptes staatlicher täterbezogener Intervention;
3. Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung
 - Entwicklung von Konzepten für die Fort- und Ausbildung zum Thema Gewalt gegen Frauen,
 - Durchführung von landesweiten Fort- und Ausbildungsveranstaltungen im Bildungsinstitut der Polizei, Fach- und Hochschulen und in anderen Bildungseinrichtungen;
4. Dokumentation und statistische Erfassung
 - Zusammenfassung der regionalen statistischen Erhebungen der Interventionsstellen zu einer landesweiten Statistik,
 - Analyse und Ableitung von Schlussfolgerungen auf Landesebene,
 - Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitforschung des Interventionsprojektes;
5. Ressourcencenter
 - Sammlung, Aufbereitung und Weitergabe von Wissen und Erfahrungen
 - Initiierung und Begleitung von Forschungsvorhaben (Diplomarbeiten etc.)
 - Zusammenarbeit mit landes- und bundesweiten Netzwerken,
 - Erschließung, Erstellung und Vermittlung von Arbeitsmaterialien

2 Arbeitsbereiche

2.1 Koordination des Interventionsprojektes auf Landesebene

a) Unterstützung des Aufbaus der Interventionsstellen:

Für den Beginn der Arbeit der Interventionsstellen hat die Landeskoordinierungsstelle umfangreiches Material für jede Interventionsstelle zusammengestellt, welche u.a. Konzeptionen, erste praktische Arbeitsunterlagen, Fachvorträge und Erfahrungsberichte österreichischer Interventionsstellen enthielt. Mit den Mitarbeiterinnen der beiden im Jahr 2002 eröffneten Interventionsstellen Schwerin und Anklam fanden ganztägige Vorbereitungsgespräche für die Arbeit der Interventionsstellen statt. Inhalt waren die Entstehungsgeschichte des Interventionsprojektes, Erfahrungen aus der Modellphase CORA im Bereich der Kooperation und Vernetzung, sowie der Fortbildung, die Erläuterung der Konzeption und des Erlasses der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV, rechtliche Grundlagen der Arbeit im Bereich Gewaltschutzgesetz und novelliertes SOG, aber auch die praktische Unterstützung bei der Auswahl und Einrichtung der Büroräume, Hinweise zur Vertragsgestaltung, der Erstellung von Öffentlichkeitsmaterialien, der Anbahnung von Kontakten zu Kooperationspartnern. Für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen, die nicht bereits im Bereich Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und deren Kinder gearbeitet hatten, war die Wissensvermittlung zu diesem Thema ein wichtiges Anliegen. Für die Vorbereitung des Starts der Anklamer Interventionsstelle bezog die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung MV die Landeskoordinierungsstelle in Gespräche vor Ort mit den Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäusern der Region ein. Im Dezember 2002 bereitete die Landeskoordinierungsstelle ein Treffen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV mit den Interventionsstellen, der Landeskoordinierungsstelle und den Trägern der Interventionsstellen vor, auf welchem auf Einladung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV Probleme und Erfahrungen des Starts der Interventionsstellen besprochen wurden. Die Interventionsstellen in MV wurden in kürzester Zeit arbeitsfähig. Dieser kurze Zeitraum ist das Resultat der Vorbereitung und Unterstützung des Aufbaus der Interventionsstellen durch die Landeskoordinierungsstelle und der intensiven Arbeit der Mitarbeiterinnen an der Umsetzung des neuen Konzeptes.

b) Vernetzung der Interventionsstellen

Die Interventionsstellen Neubrandenburg, Rostock und Stralsund beschlossen am 11.01.2001 die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV. In der Geschäftsordnung sind unter den Aufgaben folgende Schwerpunkte gefasst:

- Informations- und Erfahrungsaustausch der Interventionsstellen untereinander und Vernetzung mit der Landes- und Bundesebene
- Stellungnahmen zu Angelegenheiten mit überregionaler Bedeutung
- Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen durch gewählte Delegierte der LAG und durch die Landeskoordinierungsstelle.

Die Landeskoordinierungsstelle hat die Organisation der monatlichen eintägigen Sitzungen der LAG, die Vorbereitung, Nachbereitung und Moderation inne. Diese monatlichen Beratungen haben sich zu einem Forum intensiver fachlicher Diskussion und des Austausches von Erfahrungen und Informationen aus den Regionen, dem Land MV und dem Bundesgebiet entwickelt. Zu den Ergebnissen dieses Prozesses gehören die Weiterentwicklung und Konkretisierung der gemeinsamen Konzeption der Interventionsstellen, gemeinsame Arbeitsmaterialien (Gefährdungsprognose, Aktenvorblatt, Formblatt für Rückinformation der Polizei...), und die Verständigung über gemeinsame Mindeststandards der Arbeit.

Folgende Themen waren 2002 Inhalt der Beratungen:

- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch
- Gestaltung des Beginns der Beratungsarbeit in 2002
- Umgang der Polizei mit neuen Möglichkeiten Wegweisung, Betretungsverbot, Aufenthaltsverbot
- Kooperationsgespräche in den Regionen
- Mitbetroffenheit von Kindern durch HG
- Möglichkeiten und Verfahrenswege zum Gewaltschutzgesetz
- Konzept der Täterarbeit in MV
- Opferschutz in der Täterarbeit (gemeinsame Sitzung mit der LAG der Männerberatungsstellen)
- Zeugnisverweigerungsrecht in der Beratung
- Fragen der Evaluation durch WIBIG
- Fortbildung in den Regionen und landesweit
- Umsetzung des pro- aktiven Ansatzes
- Regionale Konzepte der Interventionsstellen
- Zusammenarbeit mit den Jugendämtern
- Formulare für die Aktenführung
- Statistik der Interventionsstellen
- Zusammenarbeit mit Frauenschutzhäusern und Kontakt- und Beratungsstellen
- Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen
- Sicherung des nachfolgenden Netzes von Schutzangeboten und ambulanter Beratung

Neben der Organisation der Treffen der LAG hat die Landeskoordinierungsstelle regelmäßig persönlichen und telefonischen Kontakt zu den Interventionsstellen zu gemeinsamen Anliegen der LAG oder zu Anliegen in einzelnen Interventionsstellen gehalten und unterstützte die Interventionsstellen bei Bedarf vor Ort in der Lösung von Problemen. Für die Lösung von gemeinsamen Problemen der Interventionsstellen mit Ministerien in MV oder mit Landesarbeitsgemeinschaften hat die Landeskoordinierungsstelle den Klärungsprozess übernommen und den Informationsfluss gesichert.

2.2 Kooperation auf Landesebene

- a) mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV

Im Jahr 2002 wurden regelmäßige Gespräche zwischen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV und der Landeskoordinierungsstelle im ca. sechswöchigen Abstand durchgeführt. Anliegen dieser Kooperationsgespräche ist die Sicherung des Informationsflusses zwischen beiden Stellen, insbesondere in der Phase des Aufbaus der Interventionsstellen, die Abstimmung von Vorgehensweisen und die Planung gemeinsamer Vorhaben. Inhalte waren unter anderem die Fortschritte und Probleme bei der Einrichtung der Interventionsstellen, der Erlass der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV zur Anerkennung der Interventionsstellen, die Konzeption der Interventionsstellen und die landesweite Eröffnungsveranstaltung für die Interventionsstellen. Ein aus Sicht der Landeskoordinierungsstelle sehr wichtiges Ergebnis dieser Kooperationsgespräche ist die Einberufung des Landesrates zur Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder im September 2002.

- b) Landesrat zur Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder

In diesem Gremium berieten neben der einladenden Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV, das Justizministerium, das Innenministerium, die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser MV und Landeskoordinierungsstelle CORA als Vertretung der LAG der Interventionsstellen. Die wissenschaftliche Begleitung des Interventionsprojektes und der Interventionsstellen WIBIG nahm beobachtend an den Beratungen teil. Für die Zukunft wird dieser Kreis um Vertretungen des Sozialministeriums, Abt. Kinder und Jugendliche, die LAG der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt und die LAG der Männerberatungsstellen erweitert. In der ersten Sitzung am 09.09.2002 standen Fragen der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen mit dem Gewaltschutzgesetz und den neuen polizeilichen Eingriffsbefugnissen, von statistischen Erhebungen der Polizei und der Interventionsstellen sowie die Einrichtungen von Sonderzuständigkeiten im Mittelpunkt. Mit diesem Landesrat ist somit ein Gremium entstanden, in dem die Umsetzung des Landesaktionsplanes von allen involvierten staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen begleitet werden kann und dazu entsprechende Entscheidungen getroffen werden können.

- c) mit Ministerien in MV

Häufige Besprechungen und einen daher regen Austausch gab es zwischen der Landeskoordinierungsstelle und dem **Innenministerium**, insbesondere der Abt. Polizei. Inhalt dieser Besprechungen, Telefonate und Schreiben waren Vorarbeiten zur Erstellung eines Entwurfes für einen Leitfaden für das polizeiliche Handeln in Fällen häuslicher Gewalt, sowie Detailabsprachen zur Umsetzung des Erlasses des Innenministers zum Schutz vom Opfern in Fällen

häuslicher Gewalt vom 01.03.2002, zum Austausch statistischer Daten und der Austausch von Urteilen der Verwaltungsgerichte zu polizeilichen Maßnahmen. Entscheidend für die Praxis der Interventionsstellen und die Handlungssicherheit von Polizeibeamten war der Erlass des Innenministers zum Schutz vom Opfern in Fällen häuslicher Gewalt vom 01.03.2002. Der Entwurf hierzu wurde in einer Arbeitsgruppe in einer zweitägigen Beratung unter Beteiligung von PolizeipraktikerInnen, einer Vertreterin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung MV, einem Vertreter des Justizministeriums, der Landeskoordinierungsstelle und einer Mitarbeiterin einer Interventionsstelle erarbeitet. Des weiteren wurden Absprachen über vergleichbare Statistiken zwischen Innenministerium und Interventionsstellen und über Informationsmaterialien für Opfer und Täter nach dem Polizeieinsatz getroffen.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Kooperation mit dem Innenministerium war die Umsetzung von Fortbildung der Polizeibeamten über die neuen gesetzlichen Regelungen und zur Sensibilisierung für die Situation der Opfer. Dieser Prozess wird weiter gestaltet durch Treffen des Innenministeriums, der Polizeidirektoren, der Interventionsstellen und der Landeskoordinierungsstelle zur Begleitung der Umsetzung der neuen Regelungen in der Polizei und den Interventionsstellen. Der erste Termin fand hierzu am 23.10.2002 statt, Folgetermine sind geplant.

In der Praxis der Interventionsstellen wurden zunehmend Probleme in der Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und ihrem Umgehen mit Fällen häuslicher Gewalt deutlich. Daraus resultierend nahm die Landeskoordinierungsstelle ein Gespräch im **Sozialministerium**, Abt. Kinder und Jugendliche mit einem Vertreter des Landesjugendamtes wahr. Im Ergebnis dessen nahm die Landeskoordinierungsstelle Kontakt zum Landesjugendamt auf, um mit den Jugendamtsleitern des Landes auf einer Klausurtagung über das Handeln von Jugendämtern in Fällen häuslicher Gewalt ins Gespräch zu kommen. Der Termin wird im 1. Quartal 2003 liegen. Im April 2002 hatte die Landeskoordinierungsstelle die Möglichkeit im Rahmen des jährlichen Gespräches des Landesfrauenrates mit dem **Ministerpräsidenten** des Landes MV auf Erreichtes und Probleme bei der Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder aufmerksam zu machen. Leider kam dieser Punkt auf Grund der wenigen zur Verfügung stehenden Zeit wesentlich zu kurz.

d) mit Landesverbänden

Die Landeskoordinierungsstelle hielt den Kontakt zum **Landesfrauenrat**, um das Thema Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder auch in diesem Gremium der Frauenpolitik unseres Landes im Gespräch zu halten. Dazu fanden Gespräche mit der Geschäftsführerin der Landesfrauenrates statt, das Thema wurde in die Delegiertenversammlung mit einer Resolution der Delegiertenversammlung an die Politiker des Landtages zur Weiterführung des Landesaktionsplanes nach den Landtagswahlen im September 2002 eingebracht. Die Landeskoordinierungsstelle arbeitete zum Thema Gewalt gegen Frauen mit am Fragenkatalog des Landesfrauenrates an KandidatInnen für den Landtag zur Prüfung ihres Engagements für die Frauenpolitik. Weitere wichtige PartnerInnen in der Kooperation sind der Landesverband und die Regionalverbände des **Deutschen Juristinnen Bundes in MV**.

Dazu fanden Gespräche in Schwerin mit dem Vorstand des Landesverbandes über die Unterstützung des Anliegen des Projektes, insbesondere zur Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit zu den neuen gesetzlichen Möglichkeiten und den neuen Unterstützungsmöglichkeiten mit den Interventionsstellen statt. Mit dem Regionalverband Ostvorpommern gab es einen regen Austausch über die Thematik Mitbetroffenheit von Kindern durch häusliche Gewalt. Im Ergebnis dessen führte der Regionalverband Gespräche mit dem Landesjugendamt zu notwendigen Fortbildungen in diesem Bereich, er unterstützt die Veranstaltung einer landesweiten Fachtagung u.a. zu diesem Thema durch die Friedrich- Ebert- Stiftung, erklärte die Bereitschaft sich mit Fachreferentinnen an entsprechenden Fortbildungen zu beteiligen, erstellte eine Internetseite zur Gewalt gegen Frauen mit Darstellung der Angebote der Interventionsstellen und bearbeitet ein Faltblatt zur Information von JuristInnen zur Problematik häusliche Gewalt. Zu diesem Faltblatt und zur Internetseite leistete die Landeskoordinierungsstelle fachliche Zuarbeiten.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen

Gleichstellungsbeauftragten lud die Landeskoordinierungsstelle zu einer Fachveranstaltung zum Gewaltschutzgesetz und der Umsetzung in MV ein, in der die Landeskoordinierungsstelle über den Stand des Aufbaus der Interventionsstellen und die Anwendung der neuen polizeilichen Schutzmöglichkeiten informierte.

e) Landesweite Arbeitskreise

Im Rahmen des **Landesrates zur Kriminalitätsvorbeugung MV** sind verschiedene Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Schwerpunkten tätig, einer davon zum Thema Gewalt gegen Frauen. Die Leitung dieser Arbeitsgruppe wurde von der Landeskoordinierungsstelle wahrgenommen. In dieser Arbeitsgruppe haben sich die vertretenden Institutionen (Landesfrauenrat, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Justizministerium, Sozialministerium, Bildungsministerium, Landeskriminalamt, Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser, Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen zu sexualisierter Gewalt, kommunaler Präventionsrat Stralsund, Innenministerium, Interventionsprojekt CORA) mit den Möglichkeiten von Kriminalprävention im Bereich häusliche Gewalt gegen Frauen und deren Kinder verfasst. Im Ergebnis dieses Prozesses ist eine Broschüre mit Empfehlungen für die kommunale Präventionsarbeit in MV erstellt worden, welche Anfang 2003 als Sonderausgabe der Zeitschrift Impulse veröffentlicht wird. Des weiteren befasste sich eine Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgruppe mit der Erstellung eines detaillierten Maßnahmenkataloges zur Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Dieser Maßnahmenkatalog wurde dem Vorstand des Landesrates zur Kriminalitätsvorbeugung zur weiteren Verwendung vorgelegt.

Die **Arbeitsgruppe Täterarbeit** setzte sich weiter mit der Erstellung eines landesweiten Konzeptes zur täterbezogenen Intervention in MV auseinander. Diese Arbeitsgruppe wurde durch die Landeskoordinierungsstelle geleitet. Ende des Jahres 2002 konnte das Konzept zur täterbezogenen Intervention in MV durch die Arbeitsgruppe vorgelegt werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen traf sich mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Männerberatungsstellen und es wurden gemeinsam aus dem Blickwinkel des

Opferschutzes Veränderungen am Konzept, der Beratungsvereinbarung zwischen Berater und gewalttätigem Mann und den Konsequenzen aus Verstößen dagegen erarbeitet. Diese Veränderungsvorschläge nahm die AG Täterarbeit in der Sitzung im Dezember 2002 zur Kenntnis.

2.3 Vernetzung

Die Landeskoordinierungsstelle bemüht sich im Jahr 2002 verstärkt um die engere **Vernetzung der Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaften** der Interventionsstellen, Frauenhäuser und der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt. Anliegen war es dabei die Angebote für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in MV besser aufeinander abzustimmen, vergleichbare Statistiken zu erhalten, die ein komplexeres Gesamtbild der Situation im Land vermitteln und gemeinsame Strategien zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in MV zu entwickeln und durchzusetzen. Dazu fanden zwei Treffen von Vertreterinnen der drei LAG statt. In der Folge wurde die Landeskoordinierungsstelle regelmäßig als Gast in die Beratungen der LAG Frauenhäuser und der Beratungsstellen gegen sexualisierte Gewalt eingeladen, um einen regelmäßigen Informationsaustausch zu gewährleisten. Im Oktober 2002 fand eine gemeinsame Sitzung der LAG der Frauenhäuser und der Interventionsstellen statt, in dem die konkrete Arbeit der Interventionsstellen vorgestellt wurde. Zu diesem Termin soll es noch Nachfolgetermine geben, um die Ausgestaltung der Kooperation zwischen Frauenhäusern, Kontakt- und Beratungsstellen und Interventionsstellen zu konkretisieren. Die **Interventionsprojekte der Bundesrepublik Deutschland** treffen sich seit einigen Jahren regelmäßig halbjährlich zu Vernetzungstreffen. Inhalt dieser Treffen ist vorrangig der Erfahrungsaustausch, aber auch die Abstimmung bundesweiter politischer Initiativen. Im Jahr 2002 fanden die Treffen in Kiel im März 2002 und im September im Mainz statt. Auf dem Treffen in Kiel wurden bundesweite Standards für Interventionsprojekt und Interventionsstellen verabschiedet, diese sollen insbesondere neuen Projekten als Orientierung dienen, aber auch die fachliche Diskussion über die Qualitätssicherung anregen. Diese Standards wurden an die Bund- Länder- AG häusliche Gewalt weitergeleitet. Die Landeskoordinierungsstelle hatte in der Erstellung und Zusammenfassung der Standards die Federführung inne. Im Ergebnis des Treffens in Mainz wurde eine Synopse zu den polizeirechtlichen Möglichkeiten des Schutzes bei HG, zu flankierenden Maßnahmen und zur Anwendung des Gewaltschutzgesetzes in den einzelnen Ländern erstellt. Die Teilnehmerinnen verfassten einen Brief an die Bund- Länder- Arbeitsgruppe häusliche Gewalt zur Angleichung der polizeirechtlichen Befugnisse auch in den restlichen Bundesländern und zur dringenden Notwendigkeit der Installation entsprechender Unterstüzungseinrichtungen für die Opfer nach polizeirechtlichen Maßnahmen in allen Bundesländern.

Darüber hinaus wurde die Landeskoordinierungsstelle in 2002 verstärkt durch Projekte in Gründung und andere Initiativen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt zu ihren Erfahrungen angefragt. Besonders das Interventionsprojekt in Halle erhielt Unterstützung durch einen Erfahrungsaustausch in Rostock und das Bereitstellen von Materialien. Diese Anfragen nahmen zunehmend mehr Raum ein, so dass nicht mehr alle Anfragen in gewünschtem Umfang bearbeitet werden konnten. Wichtig war für die Landeskoordinierungsstelle auch die Sicherung des Informationsflusses zwischen der Landeskoordinierungsstelle und der Bund- Länder- Arbeitsgruppe häusliche Gewalt. Die Vertreterin der Interventionsprojekte der BRD erhielt regelmäßig Zuarbeiten zu aktuellen Entwicklungen und Problemen aus Sicht des Interventionsprojektes in MV.

An dieser Stelle sei auf die Notwendigkeit einer Bundesvernetzungsstelle hingewiesen, die diese Arbeiten zeitlich und qualitativ absichern kann.

Seit bereits sieben Jahren treffen sich die Interventionsprojekte und Interventionsstellen im deutschsprachigen Raum zu jährlichen **internationalen Vernetzungstreffen**. Von dem hier im Vordergrund stehenden Erfahrungsaustausch hat das Modellprojekt CORA in der Konzeptionierungsphase für die Interventionsstellen besonders von den österreichischen Erfahrungen profitiert. Im Jahr 2002 richtete die Landeskoordinierungsstelle dieses internationale Treffen in Rostock mit ca. 40 TeilnehmerInnen aus. Dank der Unterstützung durch die Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Rostock und des Vereins Frauen helfen Frauen e. V. Rostock und von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen konnte das Treffen sehr erfolgreich und ohne zusätzliche finanzielle Mittel durchgeführt werden. Themen dieses Treffens waren Fragen des pro- aktiven Beratungsansatzes der Interventionsstellen, die Verbindung von Beratung und Kooperation in den Interventionsstellen, die Einbeziehung des Gesundheitswesens, die Prozessbegleitung der Frauen, Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die Stärkung der Position der Mütter in Umgangsprozessen, die Gestaltung von Fortbildungen für die Polizei und die Jugendämter. Die neu eingerichteten Interventionsstellen in MV konnten hier von den Erfahrungen anderer Projekte intensiv profitieren.

2.4 Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung

In der Fortbildungsarbeit war es im Jahr 2002 ein wichtiges Ziel der Landeskoordinierungsstelle, die Konzepte für die einzelnen Berufsgruppen und die Erfahrungen aus der Fortbildungsarbeit der letzten Jahre an die Interventionsstellen und Frauenhäuser weiterzureichen. Dazu wurde ein **Konzept für eine dreitägige Multiplikatorenfortbildung** entwickelt und bis zum Ende des Jahres vier MultiplikatorInnenseminare durchgeführt. Damit erreichten wir alle Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen und viele Mitarbeiterinnen der Frauenschutzhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen. Dieses Angebot wurde auch aus anderen Bundesländern angefragt und in Schleswig- Holstein durch die Landeskoordinierungsstelle umgesetzt.

Zusätzlich wurde im November 2002 gemeinsam mit dem Verein Frauen helfen Frauen e. V. und den Paritätischen Wohlfahrtsverband MV eine zweitägige Multiplikatorenschulung mit Gastreferentinnen aus Berlin zur **Fortbildung der Jugendämter** angeboten und erfolgreich durchgeführt. Die Landeskoordinierungsstelle gestaltete als Referentinnen gemeinsam mit dem Bildungsinstitut der Landespolizei MV im März und Juni 2002 **dreitägige Multiplikatorenfortbildungen für Polizeibeamte aus den Revieren**. Damit wurden die dezentralen Fortbildungen der Polizeibeamten zu den veränderten gesetzlichen Grundlagen des Einschreiten bei häuslicher Gewalt und die Sensibilisierung für die Situation der Opfer vorbereitet.

Die Landeskoordinierungsstelle führt in Kooperation mit dem Bildungsträger Arbeit und Leben e. V. Rostock zwei eintägige **Seminare zum Thema häusliche Gewalt für LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen und ErzieherInnen** durch.

Ebenso wurde ein Seminar für Dozentinnen und andere Mitarbeiterinnen der Medizinischen Bildungsakademie und des IB in Rostock durch die Landeskoordinierungsstelle durchgeführt. Das Bildungsinstitut der Landespolizei MV bezog die Landeskoordinierungsstelle regelmäßig in **Lehrgänge zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz MV** als Referentinnen ein und ergänzte die **Ausbildung von Polizeibeamten für den gehobenen Dienst** um ein Modul zur häuslichen Gewalt, welches von der Landeskoordinierungsstelle umgesetzt wurde.

Einen wichtigen Teil der Fortbildungsarbeit der Landeskoordinierungsstelle stellten **Absprachen und Vorbereitungsgespräche** mit verschiedenen Institutionen zur Organisation von Fort- und Ausbildung zum Thema häusliche Gewalt dar. Entsprechende Gespräche

wurden von der Landeskoordinierungsstelle mit dem Bildungsinstitut der Landespolizei MV, der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Recht, dem Bildungsträger Arbeit und Leben e. V. Rostock, dem IB, dem Landesinstitut für Schule und Ausbildung und dem Sozialministerium geführt.

Vom Landesinstitut für Schule und Ausbildung wurden für die Fortbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen entsprechende Angebote in den Jahreskatalog eingearbeitet.

Die erstellten Konzepte für Fortbildungsveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen wurden durch die Landeskoordinierungsstelle fortgeschrieben und aktuellen Entwicklungen angepasst. Für die Zielgruppe des Gesundheitswesens wurde ein Fortbildungskonzept nach der Teilnahme der Landeskoordinatorinnen an einem Train- the- Trainer- Seminar in Mainz erstellt.

Die Landeskoordinierungsstelle gestaltete die **Vorbereitung der Fachtagung:**

„Die neuen gesetzlichen Regelungen zur häuslichen Gewalt und die Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt als Instrumente der Prävention und Intervention“ am 21./ 22.10.2002 in Wittenbeck. Ebenso bereitete die Landeskoordinierungsstelle die Veranstaltung zur Eröffnung der Interventionsstellen: Jetzt ist es recht- neue rechtliche Möglichkeiten und Unterstützung für Opfer häuslicher Gewalt“ am 21.02.2002 in Rostock mit vor.

Im Jahr 2002 wurden die Mitarbeiterinnen der Landeskoordinierungsstelle so häufig für eine **Referentinnentätigkeit** aus dem Land MV und aus dem gesamten Bundesgebiet (Siehe auch Chronik im Anhang) angefragt, dass nicht mehr allen Nachfragen nachgekommen werden konnte. Die Schwerpunktsetzung der Landeskoordinierungsstelle erfolgt bei diesen Entscheidungen für das Land MV. Besonders nachgefragt wurden aus anderen Bundesländern die Erfahrungen in unserem Land mit den Interventionsstellen, dem pro-aktiven Beratungsansatz, der automatischen Datenweitergabe durch die Polizei, sowie politische Strategien zur Veränderung des Polizeigesetzes und zur Einrichtung der Interventionsstellen. Die Landeskoordinierungsstelle hat im Jahr 2002 eine **Broschüre** mit dem Titel: „Wege aus der Gewalt“ für die Hand gewaltbetroffener Frauen und Unterstützerinnen entwickelt und in großer Stückzahl drucken lassen. Diese Broschüre wurde möglich durch die Förderung durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung und durch den Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung.

Diese Broschüren stehen den Interventionsstellen, Frauenhäusern und Kontakt- und Beratungsstellen für ihre Arbeit zur Verfügung.

Des weiteren wirkte die Landeskoordinierungsstelle federführend an der Erstellung einer **Broschüre mit Handreichungen zur Arbeit kommunaler Präventionsräte** zum Thema häusliche Gewalt mit. Diese Broschüre wird im 1. Quartal 2003 erscheinen.

Zur Arbeit der Landeskoordinierungsstelle mit den Medien gehörten mehrere Gespräche mit JournalistInnen, in deren Ergebnis ein Artikel in der Zeitschrift EMMA veröffentlicht und ein Fernsehbeitrag des NRD gesendet wurde.

2.5 Dokumentation und statistische Erfassung

Seit Mai 2002 führt die Landeskoordinierungsstelle eine kurze **Statistik des Arbeitsanfalles in den Interventionsstellen** (siehe Anlage). Hier werden Daten zu eingegangenen Meldungen der Polizei, zur Anzahl der Opfer erhoben, die von sich aus den Weg in die Interventionsstelle finden, zu erreichten Opfern im Wege der pro- aktiven/ bzw. aufsuchenden Arbeit und die Anzahl der aus den Beratungen resultierenden Anträge zum Gewaltschutzgesetz erhoben. Die Landeskoordinierungsstelle fasst monatlich diese Daten zusammen und wertet sie aus, Diese monatliche Statistik wird den Interventionsstellen, der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung zur Verfügung gestellt. Schon zum Sommer 2002 wurde an Hand der Zahlen deutlich, dass das Arbeitspensum in den Interventionsstellen

nicht mit einer Personalstelle zu bewältigen ist. Ab dem Juli 2002 stellte die Zuwendungsgeberin (Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung) zusätzliche Mittel für je eine 26 Stunden Stelle in jeder Interventionsstelle zur Verfügung. Diese Erhebung ermöglichte es außerdem in der LAG der Interventionsstellen die praktische Arbeit zu beleuchten und Veränderungen in den Arbeitsansätzen zu überlegen. So zeigte die Statistik, dass sich eine zunehmend aufsuchende Arbeit der Beraterinnen positiv auf die Zahl erreichter Klientinnen auswirkte.

Die Landeskoordinierungsstelle arbeitete intensiv mit der **wissenschaftlichen Begleitung des Interventionsprojektes** zusammen. Die wissenschaftliche Begleitung setzte in unserem Land zwei Forschungsvorhaben um: die Begleitung des Interventionsprojektes CORA im Rahmen der vergleichenden Betrachtung der Interventionsprojekte in der Bundesrepublik Deutschland und zum anderen die wissenschaftliche Begleitung des Aufbaus der Interventionsstellen in MV. Beide Aufträge werden durch die Universität Osnabrück, das Projekt WIBIG und finanziert durch das BMFSFJ umgesetzt. Nach ersten Gesprächen der Landeskoordinierungsstelle mit der LAG der Frauenhäuser in MV war es möglich, dass WIBIG im Rahmen ihres Auftrages eine erweiterte Statistik der Frauenschutzhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen auswertet. Eine Mitarbeiterin der Landeskoordinierungsstelle erstellte mit Beratung mit der wissenschaftlichen Begleitung ein Erhebungsinstrument, welches von den Frauenschutzhäusern und Kontakt- und Beratungsstellen genutzt wurde. Außerdem übernahm sie die Eingabe der Daten der Kontakt- und Beratungsstellen in das entsprechende Programm, um diese umfangreiche und in der Bundesrepublik einmalige komplexe Datenerhebung möglich zu machen. Im Gegenzug stellte insbesondere der erste Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung über die Arbeit der Interventionsstellen und die der Frauenschutzhäuser ein wichtiges Argumentations- und Informationsmaterial für die Landeskoordinierungsstelle und ihre Arbeit dar.

2.6 Ressourcencenter

Die Landeskoordinierungsstelle hat im Rahmen ihrer Tätigkeit und der des vorangehenden Modellprojektes CORA eine umfangreiche **Materialsammlung** zusammengetragen, die laufend ergänzt wird. Eine gute Quelle stellten dabei die nationalen und internationalen Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte dar. Die Materialien umfassen u.a. folgende Bereiche:

- Unterstützung von Frauen als Opfer HG
- Kinder und häusliche Gewalt
- Interventionsstellen (International und MV)
- Wissenschaftliche Untersuchungen zu HG
- Gesundheitswesen und häusliche Gewalt
- Gewaltschutzgesetz
- Polizeirechtliche Schutzmöglichkeiten
- HG und Strafrecht
- Opferschutz
- Kindschaftsrecht

Diese Materialien wurden für Interessenten zur Verfügung gestellt, zum Teil auch zugesandt. Unter anderem wurden diese Möglichkeiten und das Fachwissen der

Landeskoordinierungsstelle für die Erstellung von zwei Diplomarbeiten und weiteren Arbeiten im Rahmen von Studien zur Verfügung gestellt.

Die **Unterstützung der Studentinnen bei der Erstellung von Diplomarbeiten** zu den Themen: „Erfahrungen von häuslicher Gewalt betroffener Frauen in MV“ und „Häusliche Gewalt und ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche“ ging mit mehreren intensiven Gesprächen über das Bereitstellen von Materialien hinaus.

Die Landeskoordinierungsstelle wurde wiederholt zu Einzelfragen der Bekämpfung häuslicher Gewalt im Rahmen von **wissenschaftlichen Forschungsvorhaben** angefragt, so z. B. vom Kriminologischen Forschungsinstitut der Universität Wien zu Interventionsstrategien in Stalking- Fällen.

3 Anhang

3.1 Chronik 2002

Januar:

- 09.01. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Neubrandenburg
- 11.01. Beratung mit Mitarbeiterin der IST Rostock zu Öffentlichkeitsarbeit
- 15.01. Teilnahme an Beratung des Arbeitskreises Leitfaden zu häuslicher Gewalt im Innenministerium
- 21./ 22.01. Teilnahme am Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte der BRD in Kiel
- 23.01. Teilnahme am regionalen Arbeitskreis Justiz in Rostock
- 24./ 25.01. Teilnahme an Klausurtagung des Arbeitskreises Leitfaden/ Erlass zu häuslicher Gewalt für die Polizei
- 29.01. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Stralsund

Februar:

- 01.02. Arbeitsgespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit der Landeskoordinierungsstelle
- 06.02. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
Gespräch mit Vorstandvertreterin des Landesverbandes des Deutschen Juristinnenbundes in MV
- 08.02. Teilnahme am Gespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit Gleichstellungsbeauftragten und Frauenhäusern in Region Anklam zur Einrichtung der Interventionsstelle Anklam
- 19.02. Teilnahme an Vorstandssitzung des Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
- 21.02. Referentinentätigkeit auf Fachveranstaltung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung „Jetzt ist es Recht- neue Möglichkeiten und Unterstützung der Opfer häuslicher Gewalt“ zur Eröffnung der Interventionsstellen in Rostock
- 22./ 23.02. Teilnahme an Klausurtagung des Gemeinsamen Arbeitskreises Frauengesundheit in MV
- 25.02. Planungsgespräch mit der Abteilungsleiterin für verhaltensorientierte Fortbildung im Bildungsinstitut der Landespolizei MV in Güstrow
- 26.02. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Rostock
- 28.02. Leitung der Beratung des Unterarbeitskreises Maßnahmenkatalog zum Landesplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder

März:

- 01.03. Erfahrungsaustausch mit Interventionsprojekt Halle zu Aufbau eines Modellprojektes
- 04.03. Leitung der Beratung des Arbeitskreises Täterarbeit

- 06.03. Vorbereitungsgespräch für Interventionsstelle Schwerin mit zukünftiger Mitarbeiterin
- 07.03. ReferentInnentätigkeit an landesweiter Informationsveranstaltung des Innenministeriums für Revierleiter zu Erlass zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt bei Polizeieinsätzen, Bildungsinstitut der Landespolizei MV
- 11./ 12.03. ReferentInnentätigkeit in Erfurt auf Veranstaltung: „Was tun gegen häusliche Gewalt? Anforderungen an einen Landesaktionsplan“ auf Einladung des Aktionskreises gegen Gewalt gegen Frauen in Erfurt
- 13.03. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Neubrandenburg
- 18./ 19.03. Gespräch im Berliner Interventionsprojekt BIG zur Vorbereitung des 7. Internationalen Interventionsprojekte- Treffens, Vorbereitung der Sitzung der Bund- Länder Arbeitsgruppe
- 20./ 21.03. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für KIK- Koordinatorinnen in Kiel
- 22.03. Arbeitsgespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit der Landeskoordinierungsstelle
- 25./26./27.03. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für Revierleiter für Schulungen zu häuslicher Gewalt zusammen mit Bildungsinstitut der Landespolizei MV

April:

- 03.04. Teilnahme an Beratung des Unterarbeitskreises Maßnahmekatalog zum Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder MV
- 10.04. ReferentInnentätigkeit auf Beratung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten MV zum Gewaltschutzgesetz, polizeilichen Eingriffsbefugnissen und den Interventionsstellen in MV
- 11./ 12./ 13.04. Ausrichtung des 7. Internationalen Interventionsprojekte- Treffens in Rostock als Gastgeberinnen
- 17.04. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
- 18.04. Durchführung Seminar von Arbeit und Leben e. V. Rostock für LehrerInnen und ErzieherInnen zu häuslicher Gewalt
ReferentInnentätigkeit in Lehrgang des Bildungsinstitut der Landespolizei MV zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz MV zum Umgang mit häuslicher Gewalt
- 19.04. Gespräch mit Mitarbeiterin Interventionsstelle Stralsund zur Durchführung von Polizeiseminaren

Mai:

- 06./ 07.05. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen, Frauenhäuser, Kontakt- und Beratungsstellen
- 13.05. Arbeitsgespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit der Landeskoordinierungsstelle
Gespräch mit der Geschäftsführerin des Landesfrauenrates MV zur Einbindung des Themas Gewalt gegen Frauen in die Arbeit des Landesfrauenrates
- 14.05. Vorbereitungsgespräch für Interventionsstelle Anklam mit zukünftiger Mitarbeiterin
- 15./ 16. 05. ReferentInnentätigkeit in Regensburg auf Einladung der Bayrischen Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf

- Veranstaltung: „Das Gewaltschutzgesetz- Interventionen gegen häusliche Gewalt“
- 22.05. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Rostock
- 28.05. Durchführung Seminar zu häuslicher Gewalt in Aufstiegsqualifizierung für gehobenen Dienst der Polizei im Bildungsinstitut der Landespolizei MV
- 29.05. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV

Juni:

- 05.06. Durchführung Seminar zu häuslicher Gewalt in Aufstiegsqualifizierung für gehobenen Dienst der Polizei im Bildungsinstitut der Landespolizei MV
- 06.06. Teilnahme an Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates in Neubrandenburg
- 07.06. Empfang einer Delegation aus Slowenien, Vorstellung des Projektes
- 10./11./
12. 06. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für Revierleiter für Schulungen zu häuslicher Gewalt zusammen mit Bildungsinstitut der Landespolizei MV
- 17.06. Gespräch mit der Mitarbeiterin der Interventionsstelle Schwerin zu aktuellen Problemen der Arbeit
- 19.06. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Stralsund
- 24./ 25.06. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen, Frauenhäuser, Kontakt- und Beratungsstellen
- 26.06. Leitung der Beratung der Unterarbeitsgruppe zur Erstellung der Broschüre zu kommunaler Präventionsarbeit zu häuslicher Gewalt
- 27.06. Durchführung Fortbildungsveranstaltung für Dozenten der Medizinischen Schule des IB und MitarbeiterInnen aus Familienhilfe des IB zu häuslicher Gewalt und Interventionsstrategien
- 28.06. Empfang für Delegation französischer Polizisten, Vorstellung des Projektes

Juli:

- 01.07. Arbeitsgespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit der Landeskoordinierungsstelle

August:

- 07.08. Durchführung Seminar zu häuslicher Gewalt in Ausbildungswoche für Trainer des einsatzbezogenen Trainings in der Landespolizei MV
- 15.08. Teilnahme an Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen „Fit für die Zukunft- alle Chancen für Frauen“ mit Bundesministerin Christine Bergmann und Ministerpräsident Ringsdorf
- 21.08. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Anklam
- 22.08. Leitung der Beratung der Unterarbeitsgruppe zur Erstellung der Broschüre zu kommunaler Präventionsarbeit zu häuslicher Gewalt
- 28.08. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
Gespräch in der Interventionsstelle Schwerin zu aktuellen Anliegen

September:

- 09.09. Teilnahme an Beratung des Landesrates zur Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder
Referentinnen Tätigkeit in Lehrgang des Bildungsinstitut der Landespolizei MV zum Sicherheits- und Ordnungsgesetz MV zum Umgang mit häuslicher Gewalt
- 10.09. Leitung der Beratung der Unterarbeitsgruppe zur Erstellung der Broschüre zu kommunaler Präventionsarbeit zu häuslicher Gewalt
- 12./13. 09. Teilnahme am Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte der BRD in Mainz
- 17.09. Durchführung des Treffens von Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser, Interventionsstellen und Beratungsstellen zu sexueller Gewalt
- 19.09. Durchführung Seminar von Arbeit und Leben e. V. Rostock für LehrerInnen und ErzieherInnen zu häuslicher Gewalt
- 25.09. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Schwerin
- 27.09. Gespräch mit der Vertretung des Deutschen Juristinnen Bundes, Regionalgruppe Ost- Vorpommern in Greifswald

Oktober:

- 01.10. Gespräch mit der Vertretung des Landesverbandes MV vom Deutschen Juristinnen Bund in Schwerin
- 07.10. Arbeitsgespräch der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung mit der Landeskoordinierungsstelle
- 08.10. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
- 11.10. Teilnahme an gemeinsamer Beratung der Landesarbeitsgemeinschaften der Frauenhäuser und der Interventionsstellen
- 21./22.10. Durchführung der Fachtagung: "Die neuen gesetzlichen Regelungen zur häuslichen Gewalt und die Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt als Instrumente der Prävention und Intervention" in Kooperation mit Arbeit und Leben e. V. Rostock in Wittenbeck
- 22.10. Teilnahme an Vorstandssitzung des Landesrates zur Kriminalitätsvorbeugung MV in Schwerin
- 23.10. Teilnahme an Beratung des Innenministeriums MV mit den Interventionsstellen und den Polizeidirektoren zur Zusammenarbeit in Fällen häuslicher Gewalt
- 28.10. Teilnahme am Workshop der wissenschaftlichen Begleitung der Interventionsstellen und Interventionsprojekte in Berlin
- 30.10. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Rostock

November:

- 07.11. Teilnahme an Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Beratungsstellen zu sexualisierter Gewalt
- 08.11. Teilnahme an Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser

- 13.11. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen in MV, Neubrandenburg
- 18.11. Gespräch im Sozialministerium, Abt. Kinder und Jugendliche zur Einbindung des Themas häusliche Gewalt in Fortbildungen für Jugendämter, LehrerInnen und ErzieherInnen und zu Handlungsmöglichkeiten der Jugendämter
- 20.11. Referentinentätigkeit in Fachtagung des Justizministeriums Schleswig-Holstein für Juristen in Kiel
- 25.11. Teilnahme an Fachtagung: „Opferschutz in Sexualstrafverfahren“ des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. Rostock in Rostock
- 26.11. Referentinentätigkeit in Podiumsdiskussion in Bergen/ Rügen zu Interventionsstrategien bei häuslicher Gewalt
- 27.11. Teilnahme an Fachtagung: „Aktiv gegen häusliche Gewalt“ in Neubrandenburg
- 28./29.11. Referentinentätigkeit in Werkstattgespräch „Ein Jahr Gewaltschutzgesetz- Erfahrungen aus Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern und Baden-Württemberg“, Finsterwalde

Dezember:

- 05.12. Teilnahme am Treffen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung, der Interventionsstellen und ihrer Träger
- 06.12. Teilnahme an Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser
- 10.12. Leitung der Beratung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung MV
- 11.12. Beratung der Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Männerberatungsstellen in Rostock,
- 13.12. Durchführung MultiplikatorInnenfortbildung für Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen, Frauenhäuser, Kontakt- und Beratungsstellen
- 16.12. Leitung der Beratung des Arbeitskreises Täterarbeit
- 17.12. Umzug der Landeskoordinierungsstelle in neue Büroräume im Heiligengeisthof 3

3.2. Teilnahme an Fortbildungen

- 23./24.09. Einführung in die Arbeit Power- Point- Präsentation, Frauen- Technik-Zentrum Rostock
- 14./15.09. Train- The- Trainer- Seminar zu Fortbildungskonzepten für das Gesundheitswesen, Rosa Logar, Interventionsstelle Wien, Österreich in Bingen
- 21./22.11. Train- The- Trainer- Seminar zu Fortbildungskonzepten für Jugendämter, Bettina Geissel, Ulrike Kreissig, Berlin, veranstaltet durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband MV in Rostock

3.2 Veröffentlichungen

Broschüre:

„Wege aus der häuslichen Gewalt“ für gewaltbetroffenen Frauen, September 2002

Referate:

- „Erfahrungen mit dem Interventionsprojekt und den Interventionsstellen in Mecklenburg-Vorpommern“, Finsterwalde, November 2002
- „Hintergründe und Auswirkungen häuslicher Gewalt“ ein Vortrag für Juristen, Kiel, November 2002
- „Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt als Teil der staatlichen Interventionskette“ Regensburg, Mai 2002
- „Interventionsstellen in MV- Notwendigkeit, Besonderheit und Rahmenbedingungen“ Rostock, Februar 2002

3.3 Landesweite Statistik der Interventionsstellen 2002